



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Ersteinst bis zehn Uhr abends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 1,25 Mark, Tages- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 12. bis 18. Oktober 1919 ist die Beitragsmarke in das mit 42 bezeldnote Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

Die Zahlstelle Bismarckwerba erhebt ab 4. Oktober auf alle Klassen einen Lokalaufschlag von 10 Pf.

Nach einem Beschluß der Zahlstelle Dresden wird ab 4. Oktober in der 6. Beitragsklasse der Lokalaufschlag von 10 Pf. auf 30 Pf. erhöht. Die 2. Beitragsklasse kommt in Wegfall.

Vorstehenden Beschlüssen gibt der Verbandsvorstand seine Zustimmung.

Der Verbandsvorstand.

J. A.: C. Bucher, 1. Vorsitzender.

An unsere Leser!

In der Sitzung der Redaktionskommission am 2. Oktober legte Kollege Bucher offiziell sein Amt als Redakteur der „Solidarität“ nieder, um fortan seine ganze Kraft dem Amt des ersten Vorsitzenden unseres Verbandes widmen zu können, zu dem ihn ein Mehrheitsbeschluß der Mitglieder berufen hat. Kollege Bucher hat zwölf Jahre die Redaktion der „Solidarität“ geleitet und es mit flugem Geschick verstanden, alle Geschicke unseres Organisationslebens, unsere Berufsinteressen und Berufsfragen für die Öffentlichkeit zu behandeln. Es gab nicht selten Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedern und auch den Verwaltungen, die immer offen zum Austrag kamen, wie es in einer freien Gewerkschaft nicht anders sein kann und wird; hierbei zeigte die einsichtige Behandlung der strittigen Angelegenheiten durch den Kollegen Bucher keine einseitige Parteinahme, obwohl niemand von ihm verlangte und verlangen konnte, daß er sich seiner Meinungsäußerung enthalten sollte. Vorwürfe, die aus solchen Streitigkeiten gegen ihn erhoben wurden, sind auch die einzigen geblieben und belasten sein Schuldkonto nicht. Andere Einwendungen gegen seine Redaktion gab es nicht, und das spricht für seine Tätigkeit, zu der er am besten befähigt war. Der Posten, auf den er nun berufen ist, stellt ihn noch mehr in den Vordergrund der Kollegenchaft und der Gewerkschaftsbewegung und gibt ihm daher auch besser Gelegenheit, für die gute Sache der Hilfsarbeiter erfolgreich zu wirken.

Die Anforderungen, die die Mitglieder an ihre Verbandszeitung stellen, sind im allgemeinen die gleichen, wie sie von den Angehörigen anderer Verbände und Berufe verlangt werden. Und doch wird im besonderen ein Unterschied zwischen den Bedürfnissen unserer Mitglieder und denen anderer Gewerkschaftler zu machen sein. Wir werden uns stets daran erinnern müssen — von anderer, Unternehmerseite nämlich, wird es bei jeder Verhandlung getan —, daß wir eine Gemeinschaft von Hilfsarbeitern und -Arbeiterinnen sind, die beruflich zum Teil andere Interessen haben als die Angehörigen gelernter Berufe, die aber auch —

und das ist noch wesentlicher für den Inhalt unserer Verbandszeitung — in einer nicht geringen Minderheit, vielleicht sogar Mehrheit, in bezug auf Kenntnisse der allgemeinen wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht auf der Plattform stehen wie die meisten gelernten Arbeiter. Kollege Schmid, der jetzt leider von uns geht, sagte das in seiner deutlichen Art auf der Verbandsgeneralversammlung in Leipzig: „Wir haben ein fortwährend stultuierendes junges Personal, das schwierige Artikel, wie sie ein gelernter Arbeiter sehr wohl versteht, nicht in sich aufnehmen kann.“ Leute mit vorzüglichem Urteil werden leicht geneigt sein, dabei auf die große Zahl unserer Kolleginnen hinzuweisen, die die Mehrheit in unserer Organisation ausmachen. Das dürfen sie natürlich, allerdings mit Unrecht, doch sollten sie zupor unter ihren Arbeitsbrüder Umschau halten, vielleicht kommen sie dann zu einer anderen Annahme und besseren Einsicht. Die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Bildung findet man bei Kollegen und Kolleginnen und gebührende Rücksichtnahme darauf soll sich aus dem Inhalt der Verbandszeitung ergeben. Notwendig wird es sein, auf die Bedürfnisse der weiblichen Mitglieder besonders einzugehen und ihrer Stellung im Erwerbsleben Rechnung zu tragen.

Bei der Behandlung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Hilfsarbeiter und ihrer Verbesserung haben sich die Mitglieder in den letzten Jahren eingehend mit der Schaffung eines Reichstaxifisches nach dem Muster unserer Gehilfen im Buchdruck beschäftigt. Verschiedene Mitgliedschaften sind zu fast gegenteiliger Auffassung über den Wert einer tariflichen Regelung gekommen. Die Stellungnahme dazu in der Zeitung ist leicht gegeben und wird mit der Mehrheit der Mitglieder übereinstimmen. Es wird nur solchen Verträgen und Regelungen das Wort geredet werden können, die für die Hilfsarbeiter das Beste bringen, was sie billig erwarten müssen.

Zu der letzten Zeit hat hauptsächlich in den Kreisen der Gehilfen ein lebhafter Meinungsaustrausch über die Gründung eines graphischen Industriebundes eingeseht. Den dort gemachten Vorschlägen sind alle Angehörigen der graphischen Berufe mit Interesse gefolgt. Das Streben nach einem besseren organisatorischen Zusammenschluß ist so alt wie die in Betracht kommenden Verbände selbst. Auf den Tagungen der Hilfsarbeiter ist die Frage nicht nur flüchtig berührt, sondern jedesmal gründlich behandelt worden. Es wird auch heute in unseren Kreisen niemand geben, der die dort gefaßten Beschlüsse nicht anerkennt und ihre baldige Durchführung nicht wünscht. Nur über das Wie ist man sich nicht recht einig. Es darf hier darauf hingewiesen werden, daß die Gründung der „Solidarität“ eigentlich zu dem Zwecke erfolgte, eine feste gewerkschaftliche Einheit im graphischen Gewerbe zu schaffen. Und dieser Tradition ist die Zeitung treu geblieben.

Die verschiedenen politischen Auffassungen in Arbeiterkreisen, eine sehr betrübliche Erscheinung in der Arbeiterbewegung, haben leider die starke geschlossene Front zerrissen und auch einen bestimmten Einfluß auf die Gewerkschaften ausgeübt.

In der freien Gewerkschaftsbewegung finden, wie es bisher üblich war, Anhänger aller politischen Richtungen einen Wirkungskreis und sehen auch immer ihre Aufgabe darin, gemeinsam mit ihren Verbandsangehörigen die wirtschaftliche Not zu mildern, ja sie endlich ganz zu beseitigen. Gewerkschaftler sein heißt kämpfen für die Verbesserung seiner sozialen Lage, für die Befreiung des Lohnarbeiters aus der Abhängigkeit von Unternehmer und Wirtschaftsform. Daran hat sich auch heute noch nichts geändert und kann sich nichts ändern, wollten die Gewerkschaften nicht aufgeben, das zu sein, wozu sie geschaffen wurden. Sie können aber ihre Aufgaben nur erfüllen, wenn sie einheitlich, in sich geschlossen, als Ganzes für ihre Ziele sich einstellen, und das werden sie so lange, bis die Arbeiter sich durch Uneinigkeit ihres besten Kampfmittels begeben. Im Gegensatz zu den politischen Parteien, die sich gegenseitig bekämpfen, werden wir Hilfsarbeiter eine Kampffront bilden und einen Gegner haben.

Mit steigendem Interesse wird von der Arbeiterschaft der von der Regierung eingebrachte Gesetzesentwurf über die Betriebsräte behandelt. Darüber hat es auch in unserem Verband einen oft sehr erregten, ganz nach der Parteilassung des Einzelnen gerichteten Meinungsaustausch gegeben. Vorschläge zu seiner Verbesserung und Aenderung sind wohl von allen Parteigängern nicht nur im gewerkschaftlichen Lager eingebracht worden. Wir Hilfsarbeiter sind überzeugt, daß dieses Gesetz in seiner Ausführung auch in unserem Verbande den Einfluß gewinnen muß, den die Betriebsräte im wirtschaftlichen Kampf bedingen. Der Einfluß des Arbeiters im Produktionsprozeß muß gesteigert werden. Der Verband wird nicht nur in seinen Mitgliederversammlungen, sondern auch in der Zeitung dazu Stellung nehmen müssen.

Das sind ganz kurz umrissen voreerst die Hauptmomente, die bei der Redaktion besonders Beachtung finden müssen. Allein wird das dem Schriftleiter nicht möglich sein. Wie der Leiter der Zahlstelle der Unterstützung seiner Vertrauensleute bedarf, so ist der Redakteur auf die Mitarbeit aus Mitgliederkreisen angewiesen. Leute, die für Zeitungen schreiben, gibt es viel, ob aber ihre Anstellungen immer die Mitglieder unseres Verbandes besonders interessieren, ist zu bezweifeln. Die Verbandszeitung ist das Organ des Verbandes, d. h. seiner Mitglieder, nicht des Vorstandes oder einer bestimmten Gruppe und darum wird jedem das Wort gestattet sein, wenn seine Ausführungen der Allgemeinheit nützlich und dienlich sind.

Tagung der bayerischen Gane 4 und 4a.

In Regensburg, der schönen, alten Donaufstadt, wo die Zahlstelle unseres Verbandes sich zu einer stattlichen Mitgliederzahl aufgeschwungen hat, fanden sich am 21. September die Vertreter der bayerischen Zahlstellen zu einer Tagung der beiden bayerischen Gane zusammen. Nach dem Vortrage eines Liedes durch den „Volkschor Regensburg“ und Begrüßung der Delegierten und Gäste gebachte Kollege Schmid-München in warmen Worten des Ablebens unserer Verbandsvorstehenden, Frau

Diebe, sowie der übrigen gestorbenen und im Weltkrieg gefallenen Mitglieder. Vertreten waren die Druckorte: Augsburg, Nussbach, Waurath, Donaumörb, Dieben, Freising, Naunbeuren, Nempfen, München, Nürnberg, Regensburg, Straubing, Würzburg. Aus allen Berichten der Delegierten war eine starke, zum Teil sprunghafte Zunahme der Mitgliederzahlen zu verzeichnen. Hatte naturgemäß die Zahlstellen, in denen der Steindruck vorherrschte, unter den Kriegswirkungen am meisten zu leiden, so ist jetzt festzustellen, daß das Steindruckpersonal in den meisten Zahlstellen sich ziemlich vollzählig unserer Organisation angeschlossen hat. Wurden früher von den Steindruckprinzipalen Tarifverträge als der Ruin des Gewerbes bezeichnet, so betrachtet man jetzt Tarife als die Grundlage zum Wiederaufbau. Mit der politischen Revolution zog auch ein frischer Geist in die Kollegenschaft ein, und die bisher Gleichgültigen bejannnen sich auf ihre Organisationspflicht. Es war kein „Revolutionsgewinn“, den wir einheimsten, sondern nur der Erfolg einer jahrelang betriebenen, scheinbar erfolglosen Agitationsarbeit. Denn schon vor dem Kriege versuchten wir, in den kleineren Druckorten Eingang zu finden, und lange Zeit schien es, als ob Mühe und Kosten umsonst aufgewendet seien. Der Graphische Zentrumsverband vermochte trotz Vereinspräses und Reichstuhls nicht, die Kolleginnen vom H-Verband abzuhalten. Daß auch das alte Mittel der Maßregelung nicht mehr verjüng, wurde bei der Berichterstattung dargelegt. Fast überall nahmen die Buchdrucker regen Anteil an der Organisation des Hilfspersonal. In allen Orten wurden Forderungen um Gewährung von Teuerungszulagen eingereicht und bewilligt, ebenso Tarifabschlüsse vollzogen. Manche Provinzprinzipale mußten erst durch die gesetzliche Schlichtungsstelle zu Bewilligungen gezwungen werden. Den Herren ist es schwer gefallen, sich in die neue Zeit hineinzufinden, denn was man bei den Gehilfen als selbstverständlich hält, gilt noch lange nicht für das Hilfspersonal. Die Vorgänge in München in den Wochen der Kätereigierung fanden eine ausführliche Schilderung. Durch die Propaganda des Käteistems wurde eine große Verwirrung in die Arbeiterschaft getragen und wurden die Gewerkschaften für überflüssig erklärt. Dazu kam noch eine irige Auffassung über die Sozialisierung der Betriebe, zu der das Buchdruckgewerbe mit seiner großen Anzahl Klein- und Mittelbetriebe am wenigsten geeignet ist. Im Steindruck waren die Böhme der Kollegen nach der Rückkehr aus dem Felde noch sehr rückständig. Durch betriebsweises Vorgehen und Abschluß von kurzfristigen Verträgen wurde es möglich, die Entlohnung im Laufe des Jahres entsprechend zu erhöhen, wenn auch damit noch kein voller Ausgleich für die weit mehr gestiegenen Kosten des Lebensunterhaltes geschaffen wurde. Alles hoffte auf eine Verbilligung der Lebensmittel, während inzwischen alles teurer geworden ist, wenn man von den durch die Zuschüsse des Reiches verbilligten Nationen absteht. Bei dem Abschluß von Ortstarifen sollen die Zahlstellen möglichst bald davon unterrichtet werden, weil die Unternehmer befallsichtigt einen Ort gegen den anderen auspielen. Bewarnt wurde vor Lohnbewegungen und Tarifabschlüssen ohne Einziehung des Gauleiters. Ueber die Lage im graphischen Gewerbe sprach in ausführlichen Darlegungen Kollege Bucher. Er schilderte die Wirkungen des Krieges auf das Buch- und Steindruckgewerbe und besprach das Verhältnis zu den übrigen graphischen Verbänden, wobei die Bestrebungen nach einem engeren Zusammenschluß eine sachliche Würdigung fanden. Wir werden uns niemand aufdrängen, doch immer solidarisch handeln. Unser Verband, früher vielfach als Stiefkind betrachtet, hat nun bei Prinzipalen und Gehilfen eine andere Wertung erfahren. In allen uns gemeinsam interessierenden Fragen wird auch ein einheitliches Vorgehen möglich sein. Statt der Verarmelung der graphischen Verbände ist eine Kartellierung, eine Arbeitsgemeinschaft zu empfehlen. Gegen die Bestrebungen des „Graphischen Blocks“ der unter dem Deckmantel der Einheitsorganisation den politischen Streit in die Gewerkschaften tragen will, muß entschieden Stellung genommen werden. In bezug auf die voraussetzliche Gestaltung unseres Tarifwesens müssen wir nicht nur die Schaffung stabiler, sondern auch besserer Verhältnisse erstreben. Die Vor- und Nachteile der „Friedenstarife“ darlegend, kam Kollege Bucher auf die Bestrebungen radikal gesinnter Kollegentreife zu sprechen, die unter dem Begriff des Käteistems ausgedrückt werden. Die Tariffrage ist keine ausschließliche Angelegenheit der Großstädte, sondern der gesamten Kollegenschaft, und von diesem Gesichtspunkte muß sie beurteilt werden. Wie in anderen Verbänden, so muß auch bei uns an der Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern und Gewerkschaften festgehalten werden. Die Betriebs-

räte können nicht alles erledigen, und die örtliche oder zentrale Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse wird stets Aufgabe der Gewerkschaft bleiben. Die Gründung einer Schutzabteilung bei der Prinzipalsorganisation, dem Deutschen Buchdruckerverein, fand eingehende Würdigung durch Besprechung der diesbezüglichen Bestimmungen. In der Diskussion wurden die Aufgaben des nächsten Verbandstages kurz skizziert und unter Hinweis auf die festgesetzten Organisationen der Buch- und Steindruckprinzipale auf den weiteren Ausbau unseres Verbandes hingewiesen. Auch für die kleineren Zahlstellen erwächst die Notwendigkeit, zur Deckung der örtlichen Ausgaben Lokalbeiträge einzuführen. Unter allgemeinem Bebauern gab dann Kollege Schmid Kenntnis von seinem Rücktritt als Gauleiter. Er entwarf einen Rückblick auf die Zeit vor 18 Jahren, als er in die Bewegung eintrat, streifte die Schwierigkeiten der Agitation, schilderte das allmähliche Wachstum der Organisation zu ihrer jetzigen Höhe und forderte zum treuen Zusammenhalten auf. In tiefempfundener Worten dankte Kollege Bucher im Namen des Verbandsvorstandes für die rastlose Tätigkeit, die Albert Schmid entfaltete, dem es hauptsächlich zu danken ist, wenn in Südbayern der Organisationsgedanke, getragen von einem kleinen Häuflein Ueberzeugter, sich zu einer solchen Ausbreitung durchzusetzen imstande war. Nicht materielle Gründe sind es, die Kollegen Schmid veranlassen, aus unserer Reihen auszuscheiden, sondern das Pflichtgefühl, an anderer Stelle für die Interessen der Arbeiterschaft zu wirken. Namens der nordbayrischen Zahlstellen dankte Kollege Redding für die bis zur Teilung des Gaues dort betriebene Agitation. Der nächstjährige Gauag findet in Nürnberg statt. In seinem Schlusswort faßte Kollege Redding das Ergebnis der Verhandlungen zusammen, hinweisend auf die uns bevorstehenden großen Aufgaben, schloß er mit einem Hoch auf den Verband die vom besten Geiste durchdrungene Tagung.

Teuerungszulagen- und Serienbewegung.

Offenbach a. M.

In Offenbach a. M. trat unsere Kollegenschaft an die Prinzipalsvereinigung betreffs einer weiteren Teuerungszulage ab 1. Oktober heran. Durch Verhandlung kamen folgende Teuerungszulagen für das Buch- und Steindruckerei-Hilfspersonal zustande: Hilfsarbeiter bis zu 21 Jahren erhalten 4.— M., von 21 bis 24 Jahren 6.— M., über 24 Jahre 10.— M.; Steinchleifer 11.— M.; Anlegerinnen bis zu 18 Jahren 4.— M., über 18 Jahre 7.— M.; Bogenfängerinnen bis zu 16 Jahren 4.— M., über 16 Jahre 6.— M.; Hilfsarbeiterinnen unter 16 Jahren 2.— M., über 16 Jahre 4.— M.

Frankfurt a. M.

Am 1. September d. J. stellte die Ortsverwaltung Frankfurt a. M. im Auftrage unserer Kollegenschaft die Forderung an die Frankfurter Prinzipals-Vereinigung, dem Hilfspersonal ab 1. Oktober die gleiche Teuerungszulage zu gewähren, wie solche den Gehilfen durch den Tarifausschuß bewilligt wurden.

Am 9. September fand mit der örtlichen Vereinigung des Deutschen Buchdrucker-Vereins Frankfurt die Verhandlung statt. Im Gegensatz zu den früheren Verhandlungen erklärten die Prinzipalsvertreter des Deutschen Buchdrucker-Vereins, diesmal nur über Teuerungszulagen für das Hilfspersonal im Buchdruck verhandeln zu können und nicht wie früher auch gleichzeitig für das Steindruckhilfspersonal. In dieser Verhandlung kam deshalb auch nur eine Einigung über die Teuerungszulagen für das Hilfspersonal im Buchdruck zustande. Am gleichen Tage wurde durch unsere Ortsverwaltung die gleiche Forderung den Prinzipalen im Steindruck übermittelt.

Für die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen im Buchdruck wurden nachstehende Teuerungszulagen bewilligt: männliche Hilfsarbeiter bis zu 18 Jahren 4.— M., Minimallohn jeht 66,50 M.; von 18 bis 20 Jahren 6.— M., Minimallohn jeht 77,15 M.; über 20 Jahre 10.— M., Minimallohn jeht 87,15 M.; Spezialarbeiter über 20 Jahre 11.— M., Minimallohn jeht 90,65 M.; Nachtarbeiter 11.— M., Minimallohn jeht 92,65 M.; Anlegerinnen bis zu 18 Jahren 5.— M., Minimallohn jeht 56,50 M.; über 18 Jahre 8.— M., Minimallohn jeht 64,50 M.; Hilfsarbeiterinnen bis zu 18 Jahren 3.— M., Minimallohn jeht 52.— M.; über 18 Jahre 4.— M., Minimallohn jeht 58.— M.

Für die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen im Steindruck wurden nachstehende Teuerungszulagen bewilligt: männliche Hilfsarbeiter bis zu 18 Jahren — M., Mindestlohn jeht 62,50 M.; von 18 bis

20 Jahren 5.— M., Mindestlohn jeht 76,15 M.; von 20 bis 24 Jahren 8.— M., Mindestlohn jeht 85,15 M.; über 24 Jahre 10.— M., Mindestlohn jeht 87,15 M.; Spezialarbeiter und Steinchleifer ohne Unterschied des Alters 10.— M., Mindestlohn jeht 89,65 M.; Anlegerinnen bis zu 18 Jahren 4.— M., Mindestlohn jeht 55,50 M.; über 18 Jahre 8.— M., Mindestlohn jeht 64,50 M.; Hilfsarbeiterinnen bis zu 18 Jahren 2.— M., Mindestlohn jeht 49.— M.; über 18 Jahre 4.— M., Mindestlohn jeht 58.— M.

In mehreren Versammlungen nahm die Kollegenschaft zu diesen Teuerungszulagen Stellung. Unsere Verhandlungskommission trat in den Versammlungen dafür ein, die Abmachungen anzunehmen, da es der Kommission mit dem besten Willen nicht möglich war, mehr zu erreichen. Die Kollegenschaft im Buchdruck lehnte anfangs die Zugeständnisse ab und verlangte weit höhere Teuerungszulagen. Erst nachdem unsere Verhandlungskommission erklärte, daß sie im Falle der Ablehnung ihr Amt niederlegen müßte, da sie die daraus entstehenden Konsequenzen nicht übernehmen könnte, wurde dem Vorschlage, das Erreichte anzunehmen, zugestimmt. Die Kollegenschaft im Steindruck nahm gesondert zu den Teuerungszulagen in einer Versammlung Stellung. Die Kommission erklärte, es ist uns nicht möglich gewesen, die gleichen Teuerungszuschläge wie im Buchdruck für das Hilfspersonal im Steindruck zu erreichen. Schuld daran ist nicht die Kommission, sondern die für das Steindruckpersonal aus seitens der Unternehmer vorgelegten Tarifabschlüsse anderer Städte. Bei der Verhandlung wiesen uns die Unternehmer durch die vorliegenden Tarifabschlüsse aus den Städten Berlin, Nürnberg, Dresden, Leipzig und einem Teil anderer Städte nach, daß Frankfurt in bezug auf die Mindestlöhne an der Spitze in Deutschland marschiere. Es ist uns als Kommission unbegreiflich, wie in den vorgenannten Städten, die doch auch zu den gut organisierten zählen, solche Tarifabschlüsse, die die Allgemeinheit der Kollegenschaft schädigen, vollzogen werden konnten. Es wurde uns durch die vorliegenden Abschlüsse anderer Städte nachgewiesen, daß die Lohnverhältnisse in andern Tarifstädten teilweise um die Hälfte geringer sind als in Frankfurt a. M. Unter dem Druck der Verhältnisse war es der Kommission nicht möglich, mehr zu erreichen. Die Erklärungen der Kommission fanden auch Verständnis. Die Kollegenschaft erkannte die Abmachungen an. An dieser Stelle möchten wir aber den Tarifstädten Berlin, Leipzig, Nürnberg und Dresden dringend raten, die vorhandenen Tarife sobald als möglich einer Revision zu unterziehen, denn es ist uns unbegreiflich, wie die Kollegenschaft in diesen Städten mit solchen Löhnen auskommen kann. Wir in Frankfurt haben weit bessere Lohnverhältnisse, trotzdem können wir aber sagen, daß unsere Kollegenschaft auch bei diesen Löhnen noch die bitterste Not leidet. Wollen wir in Frankfurt aber die Not durch weitere Erhöhungen beseitigen, dann dürfen uns seitens der Unternehmer in Zukunft nicht mehr solche Abschlüsse anderer Städte vorgelegt werden.

Hamburg.

Die Prinzipale in Hamburg weigerten sich zuerst, in Verhandlungen über neue Teuerungszulagen einzutreten. Sie behaupteten, daß Verhandlungen der Zentralen über einen Reichstarif bevorstünden, deren Ergebnis Sonderabmachungen für Hamburg erübrigen würden. Nachdem ihnen aber mitgeteilt wurde, daß ein bestimmter Termin für eine reichstarrifliche Regelung noch nicht festgelegt sei, erklärten sie sich zu Verhandlungen bereit. Es kam zu folgendem Abschluß:

Männliche Hilfsarbeiter erhalten eine wöchentliche Zulage von 12.— M., die Hilfsarbeiterinnen erhalten 7.— M. wöchentlich. Ein Altersunterschied wird nicht gemacht, auch ist es ganz gleich, welche Arbeiten sie im Betriebe verrichten. Die Zulagen werden ab 1. Oktober gezahlt.

Karlsruhe.

Ab 1. Oktober erhalten Teuerungszulage pro Woche: Männliche Hilfsarbeiter, ledig, im Alter bis 16 Jahren 4.— M., von 16 bis 20 Jahren 7.— M., von 20 bis 25 Jahren 10.— M., über 25 Jahre 11.— M., verheiratete 12.— M.; weibliche Hilfsarbeiter im Alter bis zu 16 Jahren 4.— M., von 16 bis 20 Jahren 5.— M., über 20 Jahre 7.— M.

Göppingen.

Die Teuerungszulagen betragen für weibliche Hilfsarbeiter bis 16 Jahre 4,32 M., über 16 bis 20 Jahre 5,76 M., über 20 Jahre 7,20 M., ledig männliche Hilfsarbeiter bis 20 Jahre wie oben, über 20 Jahre und verheiratete 9,60 M.

Anmerkung: Dieser Abschluß baut sich auf Stundenzuschläge von 9, 12, 15 und 20 Pf. pro Stunde auf.

Gaußhau.

In den Gaußhauer Blechdruckereien erhalten die Kolleginnen ab 1. Oktober alle die tariflichen Löhne einen Aufschlag von 15 Pf. pro Stunde oder 7,20 Mk. wöchentlich. Der Abschluß gilt bis 31. Dezember 1919.

Korrespondenzen.

Bischofsverba. Die am 23. September stattgefundene Versammlung war überaus gut besucht, da Kollege Herrmann-Dresden über das Thema: Die Feuerungszulagen der Gehilfen und welche Stellung nimmt das Hilfspersonal dazu ein, sprach. In seinen Ausführungen führte der Referent den Anwesenden den Nutzen der gewerkschaftlichen Organisationszugehörigkeit vor und wies darauf hin, daß die Bischofsverbaer Kollegenchaft kurz nach ihrem Anschluß an unseren Verband eine Feuerungszulage von 8.— Mk. wöchentlich und eine Woche Ferien errungen hat. Bei der jetzt immer mehr zunehmenden Feuerung sei es abermals an der Zeit, eine den Verhältnissen entsprechende Zulage zu fordern. Man beschloß hierauf einstimmig, den Arbeitgeber eine Forderung von 5.— Mk. wöchentlich Zulage zu übermitteln. Nach Ausführungen des Vorsitzenden des Gewerkschaftsartikels über die Notwendigkeit des Anschlusses an das örtliche Gewerkschaftsartikell wurde der Anschluß vollzogen. Zu Delegierten wurden die Kolleginnen Köhler und Döwbal gewählt. Um die Beiträge hierfür aufbringen zu können, überhaupt der Ortskasse Mittel zuzuführen, wurde weiterhin einstimmig beschlossen, ab 4. Oktober einen Vorkaufschuß von 10 Pf. in jeder Beitragsklasse zu erheben. Nachdem noch Ergänzungswahlen zur Ortsverwaltung vorgenommen, forderte Kollege Herrmann in einem anfeuernden Schlußwort zum weiteren festen Zusammenhalt auf.

Döbelen. In einer am 20. September stattgefundenen Versammlung sprach der Kollege Herrmann-Dresden über die wirtschaftliche Lage des Druckereihilfspersonals. In einstündigen Ausführungen schilderte er die traurige Entlohnung und brachte diese in Vergleich mit den Feuerungsverhältnissen und der andernorts üblichen Entlohnung des Hilfspersonals. In der Diskussion gaben alle Redner der Notwendigkeit Ausdruck, anlässlich der an die Gehilfen zu gewährenden Feuerungszulage eine gleiche Forderung an die Döbelen Arbeitgeber zu stellen. Es wurde hierauf beschlossen, für Arbeiterinnen 7.— Mk. und für Arbeiter 5.— Mk. zu fordern. Für die erste Kategorie deshalb mehr, weil diese mit ihrer Entlohnung im Rückstande geblieben ist. Sodann wurden Wahlen zur Vervollständigung der Verwaltung vorgenommen. Es wurden die Kolleginnen Döbelen, Engel und Voigtländer zu Beisitzerinnen resp. Revisorinnen gewählt.

Dresden. Am 25. September fand im „Volks- haufe“ eine zahlreich besuchte Mitgliederversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde zunächst des an den Folgen der Kriegstrapagen verstorbenen Kollegen Albinus und der Kolleginnen Rathpans und Lehmann in üblicher Weise durch Erheben von den Plätzen gedacht. Zu Punkt 1. Vortrag über „Sozialisierung“, erhielt altban Arbeiterleiter Rittau das Wort. Redner vorbereitete sich eingehend in längeren Ausführungen über dieses gegenwärtig aktuelle Thema. Besonders wurde von ihm bedauert, daß die zu Gebote stehende Zeit viel zu kurz sei und nur in groben Umrissen diese weitläufige Materie behandelt werden könnte. Mit großer Aufmerksamkeit folgten die Anwesenden dem Vortrag, der namentlich durch zahlenmäßige Angaben erst das richtige Verständnis erweckte. Unter allgemeinem Beifall endete der Redner mit dem Hinweis auf das Lesen der diesbezüglichen umfangreichen Literatur. Der Geschäftsbericht des zweiten Quartals wurde von Kollegen Herrmann gegeben. Im allgemeinen kann derselbe als sehr erfreulich bezeichnet werden, weil überall Fortschritte zu verzeichnen sind. Die Einnahmen an Eintrittsgeld ergaben 273,50 Mk. für 349 Eintritte, an Beiträgen 10.121,50 Mk. für 12.220 Einzelbeiträge; an die Hauptkasse wurden 6845,60 Mk. überwiesen. Die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung betragen 242,50 Mk., für Krankenunterstützung 341,50 Mk., für Streikunterstützung 37,80 Mk. Der Mitgliederbestand am Ende des Quartals belief sich auf 320 männliche und 975 weibliche, zusammen 1295 Personen; davon im Buchdruck 190 männliche, 517 weibliche, zusammen 707 Personen, und im Steinbruch 130 männliche, 458 weibliche, zusammen 588 Personen. Auch die Entwicklung der Lokalfasse ist gleich erfreulich, sie schließt mit einem Restbestand von 4157.— Mk. ab. Der Gaubereich zeigte ebenfalls, daß die Mitgliederzahl stetig wächst und zurzeit gegen 800 Mitglieder in zwölf Bezirksstellen zu uns gehören. In-

gesamt konnte der Gau 11.015,80 Mk. der Hauptkasse überweisen. Die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung betragen 603,75 Mk., für Krankenunterstützung 411,70 Mk. Die Einnahmen an Eintrittsgeld konnten mit 469,80 Mk., an Beiträgen mit 15.187,70 Mk. gebucht werden. Die Zahl der Mitglieder im Gau beträgt 2006 Köpfe, 484 männliche und 1522 weibliche. Davon sind im Buchdruck 1107, im Steinbruch 893 und in anderen Berufs 6 beschäftigt. Fortwährend sind Eintritte zu verzeichnen, momentan werden in Dresden bereits 1366 Köpfe gezählt. Kollegin Zahn als Revisorin beantragte die Entlastung des Kassierers, was einstimmig erfolgte. In der Diskussion zum Bericht wurde von verschiedenen Kollegen die immer noch vorhandene Interesslosigkeit und Gleichgültigkeit Einzelner scharf bekämpft. Ganz richtig wurde aber ausgeführt, daß es sich mehr darum handelt, der Beitragszahlung aus dem Wege zu gehen. Sobald durch den Verband etwas herausgeholt werden kann, sind auch jene dabei, um durch ihre vorübergehende Mitgliedschaft eine Lohnerhöhung zu erhalten. Das aber lehnen sie in undankbarer Weise dem Verband den Rücken, obgleich sie ganz genau wissen, daß nur durch die gewerkschaftliche Organisation und Geschlossenheit der Arbeiterschaft Vorteile und Verbesserungen für sie erkämpft wurden. Die wenigen Großen für Beiträge glauben solche Leute nicht erübrigen zu können, aber auf dem Tanzboden sind sie ständig vertreten und legen ihr Geld in teuren Zigaretten an. Für allgemeine Zwecke und für ihre gegenwärtigen und zukünftigen Interessen haben sie leider nichts übrig. Ueber die Vorkommnisse in der „Volkszeitung“ in letzter Zeit entstand eine erregte Aussprache unter den Kollegen, die dort entlassen wurden und die zurzeit noch dort beschäftigt sind. Kollege Hamann als Arbeiterauschussmitglied im Betriebe sowohl wie der Beamte Kollege Herrmann, die mit der Geschäftsleitung resp. Herrn Sindermann vermitteln wollten, stellten fest, daß sie nach Kräften in jeder Richtung bemüht gewesen sind, die Kündigung rückgängig zu machen. Alle Einwendungen ihrerseits seien aber von genanntem Herrn zurückgewiesen worden mit der Begründung, daß die Reduzierung des Personals nur eine Folge des Zurückgehens der Abonnementzahl sei, die während des Krieges um die reichliche Hälfte gefallen ist. Unschön wirkten bei der langandauernden Debatte die persönlichen Reibungen einzelner Kollegen gegeneinander, die zweifellos vermieden werden konnten. Unter „Gewerkschaftliches“ wurde vom Kollegen Herrmann die von der Verwaltung und Vertrauenspersonifizierung bereits besprochenen beiden Punkte zurückgenommen: 1. Wegfall der zweiten 60 Pfennig-Beitragsklasse und 2. Erhöhung des Lokalaufschlages der sechsten Beitragsklasse von 10 auf 30 Pfennige. Ohne besonderen Widerspruch wurden diese Neuerungen einstimmig angenommen. Die nächste Versammlung wird sich mit der im Prinzip bereits beschlossenen Wahl eines Vorstands befassen.

Dresden. Am 28. September fand eine Versammlung des Zeitungsdruckereihilfspersonals statt, in welcher Kollege Herrmann Bericht über die stattgefundenen Verhandlungen mit den Zeitungsverlegern über zu gewährenden Feuerungszulagen erstattete. Es erhalten ab 4. Oktober Hilfsarbeiter über 20 Jahre alt pro Woche 12.— Mk., von 18 bis 20 Jahren 8.— Mk., unter 18 Jahren 5.— Mk., Anlegerinnen und Arbeiterinnen 8.— Mk., Arbeiterinnen unter 18 Jahren 5.— Mk. Die Entschädigung für Nachtarbeit wird um 100 Prozent von 5.— Mk. auf 10.— Mk. erhöht. Der Lohn für über 22 Jahre alte Hilfsarbeiter beträgt von diesem Zeitpunkt an 92.— Mk., 20 bis 22 Jahre 87.— Mk., 18 bis 20 Jahre 74.— Mk. und bis 18 Jahre alt 65.— Mk.; er erhöht sich bei Nachtarbeit um 10.— Mk. Der Lohn für Anlegerinnen und Arbeiterinnen in den Abzweigabteilungen der Zeitungsbetriebe beträgt 56.— bis 60.— Mk. resp. 48.— bis 52.— Mk. Nach eingehender Aussprache, in welcher hervorgehoben wurde, was für Vorteile durch den Zusammenschluß das Zeitungs-hilfspersonal sich errungen hat, noch am Anfang des Jahres waren Löhne von 30.— bis 50.— Mk. nichts Seltenes, stimmte man den Abmachungen der Kommission zu. Kollege Schumann lenkte durch seine Ausführungen die Aufmerksamkeit namentlich der anwesenden Rotationshilfsarbeiter auf Bestrebungen seitens der Buchdrucker, die Arbeiten an den Rotationsmaschinen zum großen Teil für sich zu reklamieren. Dadurch entstände ein Existenzkampf, den die Hilfsarbeiter nicht tatlos über sich ergehen lassen könnten. Er forderte, bei den nächsten Verhandlungen zum Reichstarif festzulegen, welche Arbeiten dem Hilfspersonal an den Rotationsmaschinen zustehen. Kollege Herrmann war in der Lage, die Anträge der Maschinenmeister zur Tarifausschließung zur Verlesung zu bringen, durch welche bewiesen wurde, daß dieselben fast alle Arbeiten, die jetzt von Rotationshilfsarbeitern

verrichtet wurden, für sich in Anspruch nehmen. Er schilderte weiter, wie während der Kriegszeit so viele Rotationsmaschinen aus Mangel an Maschinenmeistern vom Hilfspersonal bedient wurden und es bebaulich sei, daß man vielleicht durch die Arbeitslosigkeit der Berufs Kollegen gezwungen, die Arbeitsgelegenheit der Hilfsarbeiter unterbinden wolle. Dieses ganze Bestreben zeuge von wenig Solidarität. Es wäre darum Aufgabe der Rotationshilfsarbeiter im allgemeinen, diesen Existenzkampf aufzunehmen und sich ihrer Haut zu wehren. Er hoffe, daß der bevorstehende Abschluß des Reichstarifes hierin Wandel schaffen werde. Bis dahin solle die Kollegenchaft auf der Hut sein und bei allen sich zeigenden Fällen die Hilfe der Organisation in Anspruch nehmen. Kollege Krumrep-Berlin, der zufällig (?) in Dresden anwesend war, schilderte in längeren Ausführungen die Verhältnisse in Berliner Zeitungsbetrieben. Die Berliner Kollegen seien über diese Anträge der Maschinenmeister mit einer Handbewegung hinweggegangen, da deren Tätigkeit durch Hausstarife geregelt sei. Er empfahl den Dresdner Kollegen, denselben Weg einzuschlagen. Diese Anträge bewiesen aber mit Deutlichkeit, wie notwendig die Gründung eines Industrieverbandes sei. Redner legte dann eingehend die Gründe zur Schaffung eines graphischen Industrieverbandes klar und vertrat den Standpunkt, daß dieser kommen müsse und werde trotz des gegenwärtigen Sträubens einzelner Hauptvorstände. Die wirtschaftliche Entwicklung einerseits, andererseits das Fortbestehen des Druckereikapitals erfordere gebieterisch einen festeren Zusammenschluß der graphischen Arbeiterschaft. Hieraus wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Die Besetzung der Rotationsmaschinen durch Hilfsarbeiter muß im zukünftigen Reichstarif festgelegt werden, und zwar nach den Verhältnissen, die in den Berliner Betrieben vorherrschend sind. Vor allen Dingen ist die jetzt durch Frauen verrichtete Arbeit, wie Aufstoßen und Ausrechnen der Zeitungen, durch Männer auszuführen.

Nachdem Kollege Herrmann noch einige Beschlüsse der stattgefundenen Mitgliederversammlung bekanntgegeben hatte, fand die gut besuchte und von tollem Geiste getragene Versammlung ihr Ende.

Magdeburg. Infolge weiterer Steigerung der Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel nahm die am 4. September stattgefundene Mitgliederversammlung Stellung zu der Forderung einer Feuerungszulage. Wie sehr die Notwendigkeit einer solchen besteht, ließen die Vorschläge erkennen, die bis zu der Höhe von 30.— Mk. wöchentlich gingen. Nach einer sehr regen Debatte wurde beschlossen, mit Rücksicht auf die Löhne der Gehilfen 15.— Mk. für männliche und 12.— Mk. für weibliche zu fordern. Die Prinzipale zeigten anfangs wenig Neigung, auf unsere Forderung einzugehen, und lehten zunächst die Verhandlungen mit dem Hinweis ab, daß am 14. September in Berlin Verhandlungen zur Einführung eines Reichstarifes stattfinden werden. Erst als die Vertrauensleute in den Druckereien vorstellig wurden und deutlich zu erkennen gaben, daß sie mit diesem Vorwand sich nicht abweisen lassen würden und darin nur eine Verschleppung erblickten, bequemen sich die Herren zu Verhandlungen. Bei der zum Teil sehr erregten Verhandlung, welche am 22. September stattfand, verhielten sich die Prinzipale ablehnend und wollten sich nicht einmal zu Gegenvorschlägen bereit finden, sondern verlangten einen Entscheid durch den Schlichtungsausschuß mit der Behauptung, daß derselbe die Löhne als angemessen erachten würde. Nach Drängen der Kommission machten die Prinzipale das Angebot von 5.— Mk. für männliche und 3.— Mk. für weibliche verheiratete Hilfsarbeiter. Nachdem auch wir einen mäßigeren Vorschlag gemacht hatten, erklärten beide Parteien, die Entscheidung ihren Mitgliedern zu überlassen. Beide Vorschläge wurden in unserer Versammlung, die sehr stürmisch verlief, abgelehnt. Hierauf erklärten dann die Prinzipale sich bereit, folgende Feuerungszulagen ab 1. Oktober zu gewähren: Für verheiratete männliche 8.— Mk., für ledige männliche 4.— Mk., für weibliche verheiratete ohne Ernährer 6.— Mk., weibliche ledige, soweit sie Angehörige zu versorgen haben, 2.— Mk., alle übrigen nichts. Die Situation gebot den Mitgliedern, dieses Zugeständnis anzunehmen, trotzdem für einen großen Teil der Kolleginnen nichts abfiel. Von allgemeinem Interesse dürfte sein, daß die Prinzipale in den überaus niedrigen Löhnen in Braunschweig, Halle, Hannover und Leipzig ihre größte Stärke fanden. Sie veranlaßten die Steigerung der Preise für Lebensmittel und dergl. nicht, hätten auch mehr bewilligt, wenn die Konkurrenz in obigen Städten die gleichen Löhne zahlen würde wie in Magdeburg. Die dortige Kollegenchaft muß also noch vieles nachholen, um bei event. Abschluß eines Reichs-

tarif in angemessener Weise eingereicht zu werden. Ebgleich unsere Erfolge nur sehr bescheiden sind, so beweisen sie doch, daß durch zielbewußtes einheitliches Handeln trotz Tarifvertrages Verbesserungen zu erzielen sind.

Zwickau. Am 17. September fand eine sehr gut besuchte Mitgliebertagung statt, in welcher Kollege Herrmann aus Dresden einen Vortrag über den zukünftigen Reichstaxtarif hielt. Seine von Sachkenntnis getragenen leichtverständlichen Ausführungen erweckten allenthalben das Interesse der Erschienenen. Weiterhin sprach Kollege Herrmann über die den Gehilfen zu gewährenden Teuerungszulagen. In der Diskussion hierüber kam allgemein zum Ausdruck, daß auch das Hilfspersonal in Zwickau sich diesem Vorgehen anschließen müsse, da dessen Entlohnung den jetzigen Verhältnissen nicht mehr entspreche. Es wurde einstimmig beschlossen, den Buch- und Steinrudereibesitzern Zwickaus eine Forderung auf Teuerungszulagen zu unterbreiten. Nachdem brachte Kollege Mehnert einige Vorkommnisse bei der vorigen Teuerungszulagenbewegung zur Sprache. Einzelne Prinzipale hatten es fertig bekommen, vor der Entscheidung des Schlichtungsausschusses ihre Hilfspersonalen unter oft nicht ganz einwandfreien Manipulationen zu unterschreiben zu veranlassen, durch welche diese sich mit einem ungenügenden Aufschlag auf den Lohn zufriedener erklärten. Mit diesen „Dokumenten“ operierten die Herren dann vor dem Schlichtungsausschuss und erzielten für ihre Person bedeutende Vorteile. Er sowie Kollege Herrmann forderten von den Anwesenden ein unbedingtes Festhalten an ihren Forderungen und die Verweigerung solcher Unterschriften. Es fand dann eine Neuwahl der Ortsverwaltung statt. Da der frühere Vorsitzende Kollege Mehnert infolge Ueberbürdung durch andere Vertreter eine Wiederwahl als solcher ablehnte, wurde zur Vorsitzenden Kollegin Klara Stopp, zum Kassierer Kollege Anderleit, zu Beisitzern die Kolleginnen König, Helbig und Ella Waden sowie Kollege Mehnert, zu Revisoren die Kolleginnen Rißter und Schumm gewählt. Die neugewählte Vorsitzende richtete hierauf einen Appell an die Versammelten, sie in ihrer Tätigkeit ausgiebig zu unterstützen, treu zur Organisation zu halten und sich als Mitglieder des Verbandes auch zu betätigen.

Rundschau.

Kollege Albert Schmid, der 18 Jahre lang für unsere Organisation seine besten Kräfte einsetzte, scheidet aus unseren Reihen aus, um einem Rufe als Referent im Bayerischen Wirtschaftsministerium zu folgen. Wir leben Kollegen Schmid ungern scheidend. Nicht nur unsere süddeutschen Mitglieder, sondern der ganze Verband verliert einen mit glänzenden Fähigkeiten ausgestatteten Organisator. Die schönen Erfolge in Südbayern sind zweifellos in erster Linie seiner Tätigkeit zuzuschreiben. Seinen klugen Rat und seine freundliche, gerade Art werden wir bei unsern Beratungen oft vermissen. Nur die Gewissheit, daß er an anderer Stelle für die gesamte Arbeiterbewegung erfolgreicher wirken kann, führt uns mit seinem Fortgang aus. Wir wünschen ihm in seinem neuen Wirkungskreise auch so glänzende Resultate, wie wir sie für unsere Organisation, ihm herzlich dankend, anerkennen müssen.

Ein neuer Posttarif gilt ab 1. Oktober 1919. Danach kosten Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm 20 Pf., bis 50 Gramm 30 Pf. Postkarten müssen im Fernverkehr mit 15 Pf. frankiert werden. Wir bitten Schriftführer, Vorsitzende, Kassierer, überhaupt alle Kolleginnen und Kollegen, die mit der Redaktion über dem Verbandsvorstand geschäftlich verkehren, obige Sätze zu beachten und ihre Sendungen richtig zu frankieren, damit zu den hohen Postkosten nicht noch Strafpunkte hinzukommen.

Betriebsunfälle. Die deutsche Buchdruckerberufsgenossenschaft berichtet in der „Zeitschrift“, daß im Oktober 1918 im ganzen 250 Unfälle zur Anzeige kamen. An Schnellpressen verunglückten 27 Personen. Ein schwerer Unfall ereignete sich zwischen Fundamentabzahnungen und Verbindungsstange der Gestellwände am Vorbertrieb der Maschine. Entgegen der Warnung stieg ein Saalarbeiter, um einen in die Walzen geratenden Druckbogen herauszuholen, in den Maschinenrahmen. Während er in Hochstellung stehend nach dem Bogen griff, setzte eine Anlegerin die Maschine zu früh in Gang. Der Behauerschwerte mußte mit einer schweren Brustquetschung in die Klinik eingeliefert werden, wo er verstarb.

An Fiegelbdruckpressen ereigneten sich 24 Unfälle, davon allein 12 zwischen Fiegel und Form. Fast durchweg keine Krassen nach entfallenen oder schief angelegten Bogen verunglückt, mußte als Unfallfördernd in einem Falle das Uebergreifen

des Schubrahmens, in einem andern das gänzliche Fehlen eines Handeschnepfes und in vier Fällen mangelhafter Hub bzw. seitliches Einlegen, wogegen die Schubvorrichtung nicht wirken konnte, festgestellt werden.

An Rotationsmaschinen kamen 22 Unfälle zur Anzeige. Beim Aufzug machen und Einziehen des Papiers gerieten drei Personen zwischen Druck- und Blattanzylinder. Hauptsächlich war eine Schubstange nicht vorhanden. Fünf Personen beschädigten sich beim Versuch, Bogen abzufangen, die sich um die Walze geschlungen hatten und beim Einziehen von Papier und Regulieren der Walzen. Nach einem Halt suchend kam ein Hilfsarbeiter, der von Schwäche befallen wurde, in die Farbwalzen. Am Falschapparat beschädigten sich sieben Personen hauptsächlich beim Beiseitigen von Störungen durch Stopfen, beim Einziehen von Papier und vorzeitigem Abnehmen von Exemplaren während des Laufs der Maschine. Ebenfalls beim Papieranziehen verunglückte ein Hilfsarbeiter an den Schneidezylinder.

Der schlimmste Feind des Hilfsarbeiters ist, wie eine Arbeit von Gewerbeaufseher Körner im „Zentralblatt für Gewerbehygiene“ (1919, Nr. 9) ausführt, das Blei. Das Blei steht, wie auch die Statistik der Berufskrankheiten in England beweist, unter den Substanzen, die die Gesundheit der mit ihrer Herstellung und Verarbeitung beschäftigten Personen gefährden, weitaus an erster Stelle. Schon wenn das Blei nur in die Mundhöhle gelangt, kann eine Reaktion eintreten. Es entsteht Schwefelblei, das sich als Bleisulfid an den Zähnen niederschlägt. Weiter aber gelangt das Blei mit dem Speichel oder mit dem Essen in die Verdauungsorgane. Das in die Lunge eingeatmete Blei dagegen wird zum weitaus größten Teile mit dem Lungen Schleim wieder ausgehustet. Eine Statistik zeigt, daß die Bleikrankheiten in unserm Berufe sehr verbreitet sind, allerdings auch in Berufen, von denen man diese Gefahr meist gar nicht annimmt. Die Arbeit beweist einmal wieder, wie notwendig ein ausgebehrter und durchgreifender Arbeiterschutz ist.

Gegen die Sonderbesteuerung der Zeitungsanzeigen richtet sich eine Eingabe des Vereins Deutscher Zeitungsverleger an den Reichsfinanzminister. Es wird in dem Protest darauf hingewiesen, daß eine solche Ausnahmebesteuerung eine schwere Ungerechtigkeit darstellt. Eine Abänderung der Anzeigen in den redaktionellen Teil würde die bisherige Integrität der deutschen Zeitungen auf das schwerste gefährden. Aber auch die Arbeiter des graphischen Gewerbes hätten durch diese Sonderbesteuerung zu leiden, da der unvermeidliche Rückgang in der Insertion manchem Zeitungsverleger die Fortführung des Geschäfts unmöglich machte oder doch immerhin zu Einschränkungen nötigte. Gegen diesen schlaun Ausweg des Steuerreformers Erzberger aus der finanziellen Misere müssen auch wir Arbeiter uns wenden.

Um die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit beschlossen die polnischen Buchdruckerbesitzer der Provinz Posen an den polnischen Landtag zu petitionieren. Außerdem soll eine Kommission bei den Regierungsbehörden wegen der trostlosen Lage im Buchdruckgewerbe vorstellt werden. Die Herren werden sicher für ihre Klagen bei der polnischen Regierung Verständnis finden, wenn eine Hebung des Gewerbes auf Kosten der Arbeitsverhältnisse der Beschäftigten in den Buchdruckereien zu erreichen ist.

Der österreichische General-Verband, der Zentralverband der Lithographen und Steinbrüder Deutsch-Österreichs, gibt seinen Mitgliedern in dem Tätigkeitsbericht für das Vereinsjahr 1918 Rechenschaft über die Arbeiten des Verbandes. Aus einer Besprechung in den Neuen graphischen Nachrichten, dem Verbandsorgan, ist zu entnehmen, daß die elenden wirtschaftlichen Verhältnisse die Arbeiten für die Interessen der Mitglieder allgemein erschweren. Es heißt dort wörtlich: „Schwer litt die gewerkschaftliche Organisation unter den darniederliegenden wirtschaftlichen Verhältnissen im allgemeinen, und es bedurfte aller Anstrengungen, um auch in dieser Situation für die Angehörigen unserer Branchen das Bestmögliche zu schaffen. Denn oft stand man im Jahre 1918 vor der Tatsache — speziell gegen Ende des Jahres — infolge Mangels der Urprodukte, die zu jeder Arbeit notwendig, der Kohle und Rohmaterialien, mit einem momentanen Stillstand der gesamten industriellen Tätigkeit rechnen zu müssen.“

Das Berichtsjahr brachte dem Verbands einen bedeutenden Mitgliedererwerb. Ende Dezember wurden 4255 Organisierte gezählt, das sind 1200 mehr als im Vorjahre. Durch die Abtrennung einzelner Staaten werden dem Verbands allerdings verschiedene Ortsvereine verloren gehen.

Eingegangene Druckblätter.

Gedanken zur Neuordnung der Reichsversicherungsbewegung. Heft 17 der Krankenassen-Bibliothek. Herausgegeben vom Zentralblatt der Reichsversicherung. Verlag von Felix Meiner, Leipzig.

Russisches Wirtschaftsleben seit der Herrschaft der Bolschewiki. Herausgegeben von Dr. Wlad. B. Kaplan-Rogan. Verlag von Teubner in Leipzig und Berlin 1919.

Zeiten und Wälder. Monatshefte für Volkswirtschaftslehre, Staatsbürgerkunde, Geschichte und Geographie. Franck'sche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart. Einzelheft 1.— M.

Rudolf Wissell: Praktische Wirtschaftspolitik. Unterlagen zur Beurteilung einer funktionsmonalistischen Wirtschaftsführung. Preis 5.— M. Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 9.

Aus dem Buche Wissells ergibt sich mit seltener Deutlichkeit, was jeder, der die Reben Wissells kennt, schon vorher wußte, daß die ihm gemachte Unterstellung, er wolle die Zwangswirtschaft der Kriegszeit erhalten, eine absolut falsche ist. Die Wirtschaft soll nur im Rahmen der durch die freie Selbstverwaltung gegebenen Geleise von gemeinschaftlichen Rücksichten geleitet werden. Auch da, wo eine Sozialisierung nicht möglich ist. Seit dem Rücktritt Wissells hat sich mehr wie je gezeigt, wie unmöglich eine freie Wirtschaft der Art, wie sie vor dem Kriege bestand, ist. Mit Recht sagt Wissell, daß die Zeit für seine Ideen laufe. Mag er Recht behalten oder nicht, er war der Vertreter eines festen Planes; er wußte, was er wollte. Und was er wollte, ist nun in diesem Buche in zusammenhängender Form und Darstellung niedergelegt. Das Buch sollte an keiner Stelle fehlen, die sich mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigt.

Das Recht der Uebergangszeit. Von Gerichtsassessor Dr. Flator, Referent im Reichswirtschaftsamt. Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 9. Preis 2,50 M.

Unter diesem Titel erscheint im Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin SW. 48, ein sehr nützliches Buch. Das letzte Jahr hat die rechtlichen Verhältnisse auf allen Gebieten völlig umgewandelt, so daß es dem Fachmann schon recht schwer wird, festzustellen, was rechtens ist oder nicht. Den Uebergang zu einer völlig neuen Rechtsordnung vermitteln eine Anzahl von Gesetzen und Verordnungen, die sich insbesondere auf die am meisten brennenden Fragen der wirtschaftlichen Verhältnisse beziehen, wie Mieterschutz, Schuldenerschub, bez. zugunsten der Kriegsteilnehmer, Einstellungswang der Arbeiter, Angestellten und Kriegsbeschädigten, Erwerbslosenfürsorge, Landarbeiterrecht, Tarifvertrag, Schlichtungswesen usw. Sehr viel grundlose Unzufriedenheit würde verschwinden, wenn jedermann über seine Rechte und Pflichten besser informiert wäre. Das ermöglicht die genannte Schrift in äußerst umfangreicher und populärer Weise. Der Verfasser gibt im ersten Bande einen gründlichen Kommentar, während der zweite Band alle diesbezüglichen Gesetzestexte im Wortlaute enthält wird.

Werkstatel.

Silberheim. Kassierer: Otto Brand, Alter Markt 19 II.

Wahlheim (Nah). Vorsitzender: Ferdinand Seilmann, Kalkmühlstr. 121. — Kassierer: Heinrich Buschhausen, „Generalanzeiger“.

Weidenhall (neu gegründet). Vorsitzender: Jakob Dorminger, Hotel „Post“. — Kassierer: Sophie Richter, Oberlindenplatz 1.

Donaubrunn-Welle. Vorsitzender: Ermin Paradowski, Donaubrunn, Johannstr. 88. — Kassierer: Gertrud Meyer, Donaubrunn, Johannsmauer 60.

Römhagen. Vorsitzender: Albert Hillmer, Rotenbühlcher Weg 10. — Kassierer: Heinrich Kötter, Baumstr. 4.

Welle i. S. Vorsitzender: Wilhelm Vorderhale, Bakum 6. Welle. — Kassierer: Guard Weiß, Welle, Herrnschtr. 9.

Die nächste Nummer der „Zeitschrift“ erscheint am 15. Oktober 1919. — Redaktionsbüro am 15. Oktober 1919.